

1 **Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gesamtbericht**  
2 **der Enquete Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität**

3 **1. Ausgangslage**

4 Wir befinden uns in einer Zeit von multiplen Krisen: die europäische Finanzkrise dauert an, Umwelt-  
5 und Ressourcenverbrauch nehmen ungebremst zu, die Klimakrise spitzt sich zu, die Ungleichverteilung  
6 zwischen Arm und Reich verschärft sich. Eine Krisenbekämpfung durch mehr Wirtschaftswachstum  
7 ist keine Option, denn dieses geht bisher immer mit einem steigenden Umwelt- und Ressourcenverbrauch  
8 einher und löst die nationalen und globalen Verteilungskonflikte nur unzureichend.

9 Die Krisenvielfalt und die damit verbundene Wachstumsfrage war Anlass für die Bundestagsfraktion  
10 von Bündnis 90/Die Grünen zu Beginn der 17. Wahlperiode die Einsetzung einer „Wachstumsenquete“  
11 zu fordern. Denn dies ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Den Umgang mit der  
12 Natur auf eine Weise zu regeln, die ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde ermöglicht ohne  
13 die Grundlage unserer Zivilisation zu zerstören. Ziel war es aufzuzeigen, wie eine sozial-ökologische  
14 Transformation gelingen kann. Dazu gehört ein ressourcenleichtes Wirtschaften und Lösungsansätze,  
15 wie wir alle an der Gesellschaft und am Wohlstand teilhaben können. Wichtig war uns auch, das  
16 Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität kritisch zu hinterfragen. Wohlstands-  
17 messung muss auch ökologische und soziale Dimensionen abbilden. Damit können die Auswirkungen  
18 von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in allen Dimensionen transparent  
19 gemacht werden.

20 Nach ersten Erörterungen mit der SPD Fraktion konnten im Herbst 2010 auch die Fraktionen<sup>1</sup> der  
21 CDU/CSU und FDP zu einem gemeinsamen Einsetzungsantrag für eine „Enquete Kommission Wachstum,  
22 Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt  
23 in der Sozialen Marktwirtschaft“<sup>2</sup> gewonnen werden. Die Einsetzung der Kommission war  
24 eine große Chance. Fraktionsübergreifend mit der Unterstützung von Sachverständigen aus Wissen-  
25 schaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft sollten zukunftsweisende Fragen konsensorientiert bear-  
26 beitet und dem Deutschen Bundestag Empfehlungen gegeben werden.

27 **2. Gemeinsam getragene Ergebnisse**

28 In der Analyse der wichtigen Thematik der Entkopplung von Wirtschaften und Ressourcenverbrauch  
29 konnte die von uns geleitete PG 3, wesentliche Erkenntnisse gemeinsam erarbeiten. Die Enquete  
30 Kommission insgesamt hat folgende wichtige und von allen Fraktionen im Konsens getragene Er-  
31 kenntnisse herausgearbeitet:

- 32 - Wachstum ist kein Ziel, sondern nur Folge von politischem und wirtschaftlichem Handeln.  
33 - Wir brauchen eine neue Wohlstandsmessung, die das BIP relativiert und die sozialen und  
34 ökologischen Dimensionen gleichberechtigt berücksichtigt.  
35 - Um den sozialen und ökologischen Indikatoren Geltung im politischen Raum zu verschaffen,  
36 ist eine Reform des Berichtswesens erforderlich.

---

<sup>1</sup> Die Fraktion Die Linke hätten wir gerne dabei gehabt, doch war dies aufgrund der generellen Weigerung der CDU/CSU keine Anträge mit der Fraktion Die Linke zu verabschieden, nicht möglich.

<sup>2</sup> Siehe Einsetzungsantrag der Enquete Kommission, Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853.

- 37 - Die globalen und regionalen Umweltgrenzen müssen eingehalten werden, allen voran beim  
38 Stickstoffeintrag, den Treibhausgasemissionen und bei der Biodiversität, denn hier sind die  
39 Kapazitätsgrenzen bereits überschritten
- 40 - Eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs ist notwendig, eine relative Ent-  
41 kopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist nicht ausreichend.
- 42 - Technische Effizienzmaßnahmen alleine reichen aufgrund der vielfältigen Rückschlagseffekte  
43 (Rebound) nicht aus, um den Umweltverbrauch zu senken.
- 44 - Effizienzmaßnahmen müssen durch Konsistenz- und Suffizienzmaßnahmen ergänzt werden.  
45 Dafür braucht es politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, in-  
46 nerhalb deren technologische Effizienzverbesserungen erst wirksam werden können.
- 47 - Lebensstile und Konsumverhalten werden nicht nur durch eigene Präferenzen und soziale  
48 Strukturen geprägt, sondern auch durch staatliche Rahmenbedingungen und das Produktan-  
49 gebot.
- 50 - Vor allem im Bereich Ernährung, Mobilität und Wohnen ist staatliches Handeln gefragt: es  
51 müssen Hindernisse abgebaut und falsche Anreize beseitigt werden, um nachhaltigeres Ver-  
52 halten zu ermöglichen.
- 53 - Genossenschaften sind wichtige Unternehmensformen, die gestärkt und gefördert werden  
54 sollten.
- 55 - Die aktuellen Finanzreformen greifen zu kurz, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ist  
56 notwendig. Dies umfasst unter anderem strengere Eigenkapitalanforderungen, eine wir-  
57 kungsvollere Regulierung des Schattenbankensystems, eine Reform der Vergütungssysteme  
58 und eine kompetente Europäische Bankenaufsicht.
- 59 - Finanzpolitik ist nur zukunftsfähig, wenn über den Konjunkturzyklus ausgeglichene Haushal-  
60 te, ein niedriger Schuldenstand sowie die Finanzierung erforderlicher öffentlicher Ausgaben  
61 dauerhaft erreicht werden.

62

### 63 **3. Unterschiede zum Mehrheitsbericht: die grüne Position**

#### 64 **3.1 Die Wachstumsfrage**

65 Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stand in dieser Enquete nicht die Frage nach „Wachstum  
66 oder Schrumpfung“ im Vordergrund, sondern die Debatte um die Art unseres Wirtschaftens und  
67 Lebens innerhalb der Grenzen unseres Planeten. In der Kommission und parallel in der gesellschaftli-  
68 chen Debatte hat sich gezeigt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nachwievor als allei-  
69 niger wesentlicher Maßstab und Indikator gewertet wird. Wachstum wird durch diese „Überhöhung“  
70 zu einer Art Fetisch. Diesem Verständnis wird vielfach mit einem Anti-Fetisch, nämlich dem Ruf nach  
71 wirtschaftlicher Schrumpfung, begegnet. Doch das ist weder effektiv (da symbolisch) noch konstruk-  
72 tiv. Es fördert lediglich den ideologischen Streit. Denn das BIP ist nur ein Ergebnis der Wertorientie-  
73 rung und Zielentscheidung der Gesellschaft. Entscheidet sich die Gesellschaft zum Beispiel für eine  
74 Verlagerung von bezahlten Tätigkeiten zu unbezahlten Tätigkeiten (Sorgearbeit, Ehrenamt) ist gar  
75 nicht absehbar, wie sich das BIP entwickelt. Was wir benötigen, sind praktische Antworten, wie wir  
76 mit weniger Ressourcen die Teilhabe an Wohlstand und Lebensqualität für alle ermöglichen – natio-  
77 nal und global.

78 Die Ergebnisse der Enquete nach zwei Jahren Beratungszeit werden deshalb von der Bundestagsfrak-  
79 tion Bündnis 90/Die Grünen in vielen Bereichen als unzureichend angesehen. Dies hat zu ergänzen-  
80 den und alternativen Sondervoten in den einzelnen Berichtsteilen geführt, vielfach im Konsens mit

81 den Oppositionsfraktionen, auf die wir uns im Folgenden auch beziehen. Denn die Handlungsemp-  
82 fehlungen des Mehrheitsberichtes verharren vielfach in den alten Lösungsmustern. Wachstum wird  
83 immer noch als Lösungsweg für Verteilungsfragen, aber auch für ökologische Herausforderungen  
84 gesehen. Dass uneingeschränktes Wachstum aber Teil des Problems ist, wurde nur unzureichend  
85 erörtert. Die eigentliche Herausforderung an die Enquete wurden nicht bearbeitet: wie organisiere  
86 ich eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne das Primat des exponentiellen ökonomischen Wachstums.

### 87 **3.2. Notwendigkeit einer Sozial-Ökologischen Transformation**

88 Der Enquetebericht zeigt in aller Deutlichkeit die vielfache Überschreitung von ökologischen und  
89 auch von sozialen Grenzen auf. Ein Paradigmenwechsel ist deshalb erforderlich - unser  
90 gegenwärtiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist nicht zukunftsfähig. Der Mehrheitsbericht  
91 geht von einem graduellen Wandel innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung aus. Die  
92 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich weitergehend für eine sozial-ökologische  
93 Transformation<sup>3</sup> von Marktwirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines „Pfadwechsels für einen neuen  
94 Wohlstand“ aus.

95 Bei allem politischen Handeln, aber vor allem bei der Umsetzung einer Transformation gilt: Politik,  
96 die Beteiligung ermöglichen möchte, muss immer auch Sozialpolitik sein. Nur wer Zugriff auf Bildung  
97 im umfassenden Sinne hat, kann seine Umwelt selbstbestimmt gestalten. Und nur wer frei von Exis-  
98 tenzangst und Diskriminierung lebt, hat Zeit und Selbstvertrauen, um auf sein Umfeld Einfluss zu  
99 nehmen. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen betrachtet deshalb Sozial- und Um-  
100 weltpolitik als zusammengehörend.

101

### 102 **3.3. Unterschiede in den Projektgruppen**

103 In den einzelnen Projektgruppen und deren Berichten kristallisierten sich für die Fraktion Bündnis  
104 90/die Grünen folgende Positionen heraus, die im Gegensatz zum Mehrheitsbericht stehen:

105 *PG 1 „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“<sup>4</sup>:*

- 106 - Wachstum per se führt nicht zu mehr Gleichheit. Ein Ende der sozialen Spaltung der Gesell-  
107 schaft ist nur mit politischen Maßnahmen erreichbar - und damit primäre Gestaltungsaufga-  
108 be von Politik. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert deshalb eine gerechtere Ver-  
109 teilungs- und Steuerpolitik.
- 110 - Der demografische Wandel ist kein Sachzwang, der sozialpolitische Errungenschaften in Fra-  
111 ge stellt und Ausgabekürzungen notwendig macht. Die Alterung der Gesellschaft und der  
112 Rückgang der Bevölkerungszahl ist keine Bedrohung sondern weit eher eine Chance, wenn  
113 man Lösungswege aus den Wachstumszwängen aufzeigt. Deshalb benötigen wir unter ande-  
114 rem eine breite Finanzierungsbasis für die Sozialversicherungen, wie Fraktion Bündnis 90/Die  
115 Grünen dies mit der Bürgerversicherung vorschlägt.
- 116 - Eine aktive Rolle des Staates ist notwendig, um die Stärke der deutschen Unternehmen im  
117 Bereich der Nachhaltigkeit weiter zu fördern und auszubauen. Nur ein Markt mit ökologi-  
118 schen und sozialen „Leitplanken“ gibt Orientierung.

---

<sup>3</sup> Vgl. Sondervoten der Opposition zu „Sozial-Ökologischen Transformation“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.3. und zu „Große Transformation – Karl Polanyi heute“ im Kapitel D 7.1.4.

<sup>4</sup> Vgl. Bericht der Opposition „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ in Projektgruppe 1, Kapitel B.

- 119 - Wir brauchen eine Stärkung der solidarischen Ökonomie. Hemmnisse müssen durch Politik  
120 und Verwaltung beseitigt werden. Die solidarische Ökonomie vereint den Gedanken der ko-  
121 operativen Wertschöpfung und die Orientierung am Gemeinwohl statt am Profit, womit sie  
122 ökologische, soziale und finanzielle Tragfähigkeit miteinander in Einklang bringt.
- 123 - Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu mehr guter Arbeit. Wir brauchen dringend  
124 Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die unter anderem mit einem Mindestlohn dafür sorgen,  
125 dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse bald der Vergangenheit angehören.
- 126 - Wir brauchen in Europa eine stärkere politische und wirtschaftliche Integration. Zu glauben,  
127 alle Länder Europas würden in gleichem Maße wie Deutschland durch Exportüberschüsse  
128 wachsen können, ist eine Fehleinschätzung.

129 *PG 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“<sup>5</sup>:*

- 130 - Der von der Mehrheit der Enquete (CSU/CSU, FDP, SPD) vorgeschlagene „W<sup>3</sup> -  
131 Indikatorenset“ ist sowohl für die politische Kommunikation als auch zur politischen Steue-  
132 rung ungeeignet. Das vorgeschlagene Indikatorenset ist weder mit Zielwerten unterlegt, noch  
133 in einen institutionellen und strategischen Rahmen eingebettet.
- 134 - Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt zur Kommunikation alternativ den  
135 „Grünen Wohlstandskompass“ vor, der vier Dimensionen (ökologische, sozio-ökonomische,  
136 gesellschaftliche und ökonomische) abdeckt.
- 137 - Die vier Dimensionen sind jeweils mit einem Indikator unterlegt: Ökologischer Fußabdruck im  
138 Verhältnis zur Biokapazität (Ökologie), 80/20 Einkommensverteilung (sozio-ökonomische Di-  
139 mension), Lebenszufriedenheit (gesellschaftliche Dimension) und BIP pro Kopf (ökonomische  
140 Dimension).
- 141 - Der Wohlstandskompass ist einfach, klar kommunizierbar und ermöglicht es, auf einen Blick  
142 zu erkennen, wie es um Umwelt, Verteilungsgerechtigkeit und Lebensqualität steht. Durch  
143 eine subjektive Umfrage zur Lebensqualität bezieht er die Bevölkerung aktiv mit ein. Unsere  
144 Vision: dass nicht nur das BIP, sondern alle vier Indikatoren in den Medien regelmäßig berich-  
145 tet und kommentiert werden.
- 146 - Mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bestehen schon mit Zielwerten hinterlegte Indi-  
147 katoren, diese sollten für die politische Steuerung verstärkt genutzt, regelmäßig überprüft  
148 und fortentwickelt werden.

149 *PG 3 „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der  
150 Entkopplung“<sup>6</sup>:*

- 151 - Die ökologischen Grenzen definieren die Grenzen unseres Handelns und Lebens; sie sind  
152 nicht verschiebbar und politisch nicht verhandelbar. Unsere Gesellschaft kann nur  
153 (über)leben, wenn sie die natürlichen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde einhält.
- 154 - Zur Vermeidung von Reboundeffekten braucht es politische Entscheidungen mit systemi-  
155 scher Wirkung, - also vor allem die die Festlegung von Obergrenzen für den Verbrauch von  
156 Ressourcen oder den Ausstoß von Schadstoffen, die, Streichung von ökologisch schädlichen  
157 Subventionen und die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs einschließen.
- 158 - Ein Ende des Ressourcenbooms ist nicht in Sicht. Die nachholende Entwicklung des globalen  
159 Südens wird zu einer Verschärfung des Konfliktes um schwindende Ressourcen führen. Wol-

---

<sup>5</sup> Vgl. Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum PG 2 Bericht „Wohlstandskompass“, Kapitel C 3.

<sup>6</sup> Vgl. Sondervoten der Opposition vor allem zu „Sozial-Ökologischen Transformation“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.3. und zu „Handlungsempfehlungen“ mit über 50 Einzelmaßnahmen, Kapitel D 7.2.5.

160 len wir jedoch das 2 Grad Ziel einhalten, müssen aber vor allem die fossilen Rohstoffe im Bo-  
161 den belassen werden.

- 162 - Internationale Abkommen - vor allem im Bereich der Klimapolitik - sind nach wie vor not-  
163 wendig und wichtig. Sie sind aber nicht die alleinige Voraussetzung zur Lösung von globalen  
164 Allmende Problemen. Eine effektive Politik der Entkopplung ist eine Mehrebenenpolitik auf  
165 internationaler, europäischer, nationaler und regionaler Ebene.<sup>7</sup>
- 166 - Um eine sozial-ökologische Transformation umzusetzen, gibt es schon heute viele konkrete  
167 Handlungsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Sie reichen von der Einfüh-  
168 rung eines Klimaschutzgesetzes in Deutschland, über ein Frackingmoratorium hin zur Einbe-  
169 ziehung einer Entkopplungs- und Reduktionsstrategie in die Außenpolitik der Europäischen  
170 Union.
- 171 - Deutschland und die Europäische Union müssen eine aktive Vorreiterrolle einnehmen. Diese  
172 bezieht sich nicht nur auf eine kluge Diplomatie (zum Beispiel durch eine Klimapolitik der un-  
173 terschiedlichen Geschwindigkeiten und die Bildung internationaler Klimaallianzen), sondern  
174 auch durch eine programmatische Vorreiterrolle. Letztere bedeutet, dass Deutschland den  
175 Wandel im eigenen Land vorantreibt und möglich macht.

176 *PG 4: „Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“<sup>8</sup>*

- 177 - Die Finanzmärkte müssen wieder der Realwirtschaft dienen. Drei Elemente sind entschei-  
178 dend: 1. Eine deutliche Anhebung des Eigenkapitals (leverage ratio), 2. die Einführung eines  
179 Trennbankensystems und 3. darauf aufbauend ein Restrukturierungsregime, dass eine Ab-  
180 wicklung von Banken zulässt.
- 181 - Weitere Maßnahmen zur Eindämmung des Finanzmarktes und Vermeidung von Vermögens-  
182 preisblasen sind die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Unterbindung von Speku-  
183 lationen im Bereich der Rohstoff- und Nahrungsmittel und die Überprüfung und Abschaffung  
184 komplexer Finanzprodukte mit nicht eindeutig definiertem Bezug zum Realgeschäft bzw. feh-  
185 lender Eigenkapitalunterlegung (Vermeidung von „to-complex-to-control“)
- 186 - Eine zukunftsfähige Finanzpolitik ist sozial gerecht und stellt ausreichend Finanzierungsmittel  
187 für Zukunftsinvestitionen bereit. Dazu bedarf es einer Stärkung der Einnahmen, einer Um-  
188 strukturierung von Ausgaben und einem Abbau von umweltschädlichen Subventionen.
- 189 - Ordnungspolitik für Nachhaltigkeit hat die Aufgabe den Rahmen zu setzen, innerhalb dessen  
190 ein Marktgeschehen stattfindet, das sozial gerecht und ökologisch verträglich ist. Umwelt-  
191 und sozialschädliches Wirtschaften beeinträchtigt die Gesellschaft und am Ende auch die  
192 Volkswirtschaft.
- 193 - Der Emissionshandel<sup>9</sup> ist unverzichtbar, aber nicht das einzige effiziente Instrument zur Min-  
194 derung der Treibhausgasemissionen. Gerade angesichts der existenziellen Bedrohung des

---

<sup>7</sup> Vgl. Sondervotum der Opposition „Globale Probleme – globale Regulierung“ im PG 3 Bericht Kapitel D 7.1.2.

<sup>8</sup> Vgl. Sondervoten der Opposition in den einzelnen Berichtsteilen: im Finanzmarkt Bericht zu „Weitergehende antizyklische und makroprudenzielle Instrumente“ in Kapitel E 2.3.2, zu „Weitergehende Maßnahmen für mehr Transparenz und Kontrolle“ in Kapitel E 2.3.4 und zu „Weitergehende Maßnahmen zur Regulierung der Vergütungssysteme“ in Kapitel E 2.3.5; im Bereich Finanzpolitik Bericht zu „Wege einer zukünftigen Finanzpolitik – weitere Maßnahmen und Fazit“, Kapitel E 3.5 und Kapitel E 3.6., Oppositionsbericht zu Ordnungspolitik im Kapitel E.

<sup>9</sup> Vgl. Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Eine Reform des Emissionshandels ist unverzichtbar“, PG 3 Bericht Kapitel D 7.2.2 und Sondervotum der Opposition zu „Handlungsempfehlungen“, PG 3 Bericht Kapitel D 7.2.5.

195 Klimawandels ist eine Pluralität des Instrumentariums im Sinne eines Multi-Impuls Ansatzes  
196 notwendig.

197 *PG 5: „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“<sup>10</sup>*

- 198 - Wir benötigen eine ideologiefreie Diskussion um eine „Politik der Ermöglichung“. Diese un-  
199 terstützt den Wandel der Lebensstile und schafft Freiräume und Experimentierräume, um  
200 Ideen entwickeln zu können und soziale und kulturelle Innovationen umzusetzen.
- 201 - Wie die Biodiversität zu schützen ist, so ist auch eine „Soziodiversität“, also die Vielfalt sozia-  
202 ler Lebensformen, ein Wert an sich. Um nachhaltige Lebensstile zu ermöglichen und Frei-  
203 räume zu schaffen, regt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Debatte um Zeitpolitik  
204 und soziale Grundsicherung an. Dazu gehört auch eine Fortsetzung der Debatte um ein be-  
205 dingungsloses Grundeinkommen.
- 206 - Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung ist nicht aus-  
207 schließlich die Vermittlung von Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt und zur Aufrechterhaltung  
208 der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
- 209 - Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Arbeit umfasst auch Sorgearbeit, Eigenarbeit und ehren-  
210 amtliche Tätigkeiten. Um das Ganze der Arbeit in den Blick zu nehmen, brauchen wir eine ge-  
211 geschlechtergerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit und verstärkt Arbeitszeitmodel-  
212 le, die mehr Zeitsouveränität schaffen.

### 213 **3.4. Was in der Enquete nicht bearbeitet wurde**

214 Die Enquete Kommission hatte einen breiten Auftrag, der angesichts der Kürze der Enquete-Laufzeit  
215 von etwas über zwei Jahren eine große Herausforderung darstellte. Eine der Kernfragen des Einset-  
216 zungsauftrages blieb unbeantwortet: die Frage nach Wachstumszwängen und Wachstumstreibern.  
217 Wir befinden uns immer noch in einem ungelösten Wachstumsdilemma. Sinkt das Wirtschaftswach-  
218 tum sinken die Verteilungsspielräume, mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit bedroht, den Sozial-  
219 versicherungen brechen Einnahmen weg. Wächst die Wirtschaft, steigt damit auch der Ressourcen-  
220 verbrauch und die ökologische Krise spitzt sich zu. Eine Lösung dieses Dilemmas ist bis jetzt noch  
221 nicht in Sicht – und verdient nähere Untersuchung. Dies ist ein Auftrag nicht nur an die Wirtschafts-  
222 wissenschaften, sondern an alle Disziplinen: ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu entwickeln,  
223 dass ohne Aufzehren unserer natürlichen Grundlagen ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen  
224 auf der Erde ermöglicht.

225 Die Themen globale Gerechtigkeit sowie Geschlechtergerechtigkeit wurden nur am Rande beleuch-  
226 tet. Alternative Entwicklungsansätze aus Lateinamerika wie „Buen Vivir – Recht auf gutes Leben“  
227 oder auch das in Bhutan erhobene Bruttosozialglück wurden nicht stärker in den Blick genommen.  
228 Auch die Frage von gerechtem Zugang zu Ressourcen für alle Menschen wurde ignoriert. Eine kriti-  
229 sche inhaltliche Auseinandersetzung mit feministischen Theorieansätzen und ein Gendermainstream-  
230 ing aller Bereiche des Berichtes hat nicht stattgefunden. Ein weiterer Schwachpunkt in der Arbeit  
231 der Enquete Kommission war die Nichteinbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Anhörun-  
232 gen wurden fast ausschließlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft oder aus  
233 großen Verbänden durchgeführt. Der Diskurs wurde darüber hinaus sehr einseitig aus einer wirt-  
234 schaftswissenschaftlichen Sicht geführt und vernachlässigte interdisziplinäre Zugänge. Gerade auf  
235 zivilgesellschaftlicher Ebene gibt es aber eine Vielzahl von Bewegungen und konkreten Projekten, die  
236 eine Abhängigkeit vom Wachstum überwinden.

---

<sup>10</sup> Zum Bildungsbereich vgl. Oppositionsbericht der PG 1, Kapitel B 4.2.2

237 **4. Weiterführung der Debatte aus der Enquete**

238 Die aktuelle Krise in einigen europäischen Ländern zeigt eindrucksvoll, dass Zeiten des Nichtwachstums heute eine gesellschaftliche Katastrophe darstellen. Das ist einer der systemimmanenten Gründe, warum wir die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum analysieren und Alternativen aufzeigen müssen. Den eindrücklichsten Grund liefert jedoch der Zustand unseres Planeten Erde, denn eine intakte Umwelt mag für viele nicht Alles bedeuten – aber ohne sie ist doch alles Nichts. Denn längst geht es nicht mehr nur darum, der Natur ihren Raum zu lassen und die Schönheit der Erde zu bewahren. Die Auswirkungen des Menschen auf die Systeme unseres Planeten hat längst eine Dimension angenommen (Stichwort „Anthropozän“), in der die Lebensgrundlagen unserer Zivilisation in ernste Gefahr geraten.

247  
248 Die Bundestagsfraktion Bündnis 90D/Die Grünen hat mit der Enquete Kommission das Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ erstmals im Parlament verankert. Die Arbeit der Enquete Kommission ist damit jedoch nicht abgeschlossen. In einem ersten Schritt wird sich die Fraktion dafür einsetzen, dass die erzielten Ergebnisse und Vorschläge der Enquete Kommission in der kommenden Legislaturperiode in konkrete Gesetzgebung umgesetzt werden. Weiterhin besteht in vielen Bereichen erheblicher Forschungsbedarf, der in den einzelnen Berichtsteilen herausgearbeitet wurde.<sup>11</sup> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich für die Übernahme der Fragestellungen in die Forschungsprogramme des Bundes einsetzen. Auch da noch viele Fragen hinsichtlich der Zielsetzung der Enquete nicht abschließend behandelt werden konnten und ein wesentliches Ziel – Lösungen aufzuzeigen für ein Leben und Wirtschaften innerhalb der ökologischen Grenzen – noch nicht erreicht wurde, müssen sie im Parlament in geeigneter Form dauerhaft weiterdiskutiert und weiterentwickelt werden.

260  
261 Neben der parlamentarischen Verantwortung will die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die zivilgesellschaftliche, außerparlamentarische, Debatte intensiver fördern und begleiten. Denn schon jetzt gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, die durch ihren Lebensstil vielversprechende Ansätze eines Wohlstands jenseits des Wachstumszwangs aufzeigen. Sozial-ökologischer Wandel ist eine kulturelle Leistung, die Politik ermöglichen muss. Deshalb setzt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für einen weiterführenden breiten Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft ein – auch auf europäischer und globaler Ebene. Denn das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation erfordert eine erheblich stärkere Verschränkung von Politik und Gesellschaft.

---

<sup>11</sup> Vgl. vor allem Forschungsbedarf im Bericht der PG 5 bezüglich Arbeit, Konsum und Lebensstile und Nachhaltigkeit in Kapitel F 4.6, im Bericht der PG 3 in Kapitel D 7.3. und ausführlich im Sondervotum der Opposition „Weitergehender Forschungsbedarf“ in Kapitel D 7.3.